

---

Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU; Schulsozialarbeit

KSD 20146345

---



Stadtratsfraktion  
Ludwigshafen am Rhein



**CDU** STADTRATSFRAKTION  
LUDWIGSHAFEN

Frau Oberbürgermeisterin  
Dr. Eva Lohse  
Rathausplatz 20  
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 12.03.2014

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur  
Stadtratssitzung am 07.04.2014  
Schulsozialarbeit**

Sehr geehrte Frau Dr. Eva Lohse,

zur oben genannten Sitzung des Stadtrates stellen die SPD-Stadtratsfraktion und die CDU-Stadtratsfraktion gemeinsam folgenden Antrag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Schulsozialarbeit auf dem aktuellen Niveau (Personal- und Sachmittel) weiter zu finanzieren, insbesondere auch jene Stellen, die ansonsten durch das Auslaufen der BuT-Mittel nach Ablauf des Schuljahres 2013/14 endgültig wegfallen würden.

Gleichzeitig beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung in Verhandlungen mit dem Bund und dem Land Rheinland-Pfalz dahingehend einzutreten bzw. laufende Verhandlungen dahingehend weiter zu führen, die Finanzierung der Schulsozialarbeit, auch an Grundschulen, Gymnasien und Berufsbildende Schulen, durch eine angemessene Beteiligung von Bund und Land im genannten Umfang nachhaltig zu sichern und die Zuschussrichtlinien des Landes vom Standortbezug hin zu einem kommunalen Budget weiter zu entwickeln.

Der Stadtrat stellt fest, dass die Schulsozialarbeit eine überragend wichtige Aufgabe der Jugendhilfe und Schule ist, die von Bund, Land und Kommune anteilig finanziert werden muss. Insoweit finanziert die Stadt Ludwigshafen die Schulsozialarbeit in dem genannten Umfang bis zu einer abschließenden Finanzierungsregelung vor. Die Vorfinanzierungskosten sind dabei soweit möglich im Jugenddezernat aufzufangen.

## Begründung:

Schulsozialarbeit hat sich im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Qualitätsmerkmal für alle Schularten entwickelt und ist auch im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung ein unverzichtbarer Bestandteil von Schule.

Eine gute Schule muss heute auch die Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen in ihren Unterricht und ihre erzieherische Arbeit einbeziehen. Besonders an den Schulen geht die veränderte gesellschaftliche Entwicklung nicht spurlos vorbei. Seit den 90er Jahren wird Schule mehr und mehr als wichtiger Lebensort von Kindern und Jugendlichen begriffen, der weit mehr als reiner Lernort ist.

Hierbei ist Schulsozialarbeit eine zusätzliche Ressource, die die pädagogische Qualität der Schule weiterentwickeln hilft und das Repertoire pädagogischer Arbeitsformen und Lernchancen erweitert. Dabei ist festzustellen, dass 2/3 aller erzieherischen Hilfen mithin auch einen schulbezogenen Anlass haben (Quelle: "ism-Studie zu den Erziehungshilfen in Ludwigshafen").

Schulsozialarbeit fördert somit aktiv die Chancen auf Teilhabe und verbessert die Bildungssituation junger Menschen konkret. Diese werden frühzeitig unterstützt, um die Anforderungen in der Schule besser meistern zu können, einen Schulabschluss zu erhalten und den Übergang in den Beruf zu bewältigen.

Mit großer Besorgnis beobachten wir die Gefährdung der Nachhaltigkeit des Einsatzes von Schulsozialarbeitern. Der anhaltende Projektstatus, die unsichere Finanzierung und die ungenügende Planungssicherheit werfen immer wieder einen Schatten auf die so wertvolle Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird.

Sowohl für die Verwaltung als auch für die Schulen und vor allem für die Schulsozialarbeiter/innen selbst bedeutet die Befristung ein enormer Mangel an Planungssicherheit mit Auswirkungen auf die Schulentwicklung.

Aufgrund der dargestellten Problemlage muss es langfristig das Ziel sein, möglichst alle Schulsozialarbeiterstellen im Stellenplan als feste Stellen einzuplanen und eine sich jedes Schuljahr wiederholende Befristung zu beenden. Wir müssen uns zum Ziel setzen ein dauerhaftes Konzept zu entwickeln, um die Schulsozialarbeit aus dem Projektstatus in ein nachhaltiges Programm zu integrieren.

Diese beschriebene Unsicherheit ist für alle Beteiligten unerträglich. Es muss ein Weg gefunden werden, hier möglichst schnell eine Verlässlichkeit erreichen zu können. Aus diesem Grund beantragen wir eine Vorfinanzierung der Schulsozialarbeit durch die Stadt.

Allerdings dürfen hier die Städte nicht allein gelassen werden. Es müssen alle Ebenen gemeinsam eine Lösung finden.

Deshalb müssen sowohl mit dem Bund Verhandlungen über die Möglichkeit der zukünftigen Verwendung von Bundesmitteln, z. B. dauerhafte Verwendung von BuT Mitteln oder Ähnliches geführt werden, wie auch mit dem Land hin zu einem bedarfsorientierten Budget, das dann vor Ort eigenverantwortlich und der Situation angemessen verwendet werden kann.

Wir sind davon überzeugt, dass mittel- und langfristig die Sozialausgaben des Staates wegen "unterlassener Schulsozialarbeit" in LU deutlich höher sind, als die Mittel die zur Aufrechterhaltung des Status Quo bereitgestellt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es

volkswirtschaftlich/ökonomisch geboten, die Arbeit der Schulsozialarbeiter/innen fortzuführen.

Denn Hauptziel der Bildungs- und Jugendpolitik ist es, allen Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen zu verschaffen gemäß §1 SGB 8.

Eine gute schulische Ausbildung ist eine sichere Zukunftsinvestition im Interesse der Allgemeinheit.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Scharfenberger  
Fraktionsvorsitzende



Heinrich Jöckel  
Fraktionsvorsitzender